



Suchergebnisse: Die Partei

April 1314 – Wirklich aufgehoben wird der Tempel-Ritterorden nur in Frankreich

Paris * Wirklich aufgehoben wird der Orden der Tempel-Ritter nur in Frankreich. In Aragón werden sie ähnlich wie in Frankreich behandelt, in England ergreift King Edward II. zunächst die Partei des Ordens und schwenkt später - nur widerwillig - auf die päpstlich-französische Linie ein, sodass die Tempelritter der Verfolgung größtenteils entgehen. In Schottland wird die päpstliche Bulle nie verkündet, weshalb der Templerorden dort ungehindert fortleben kann. Im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation findet eine Verfolgung der Templer nicht statt. Sie schließen sich nach der offiziellen Auflösung des Ordens den Johannitern oder dem Deutschen Orden an.

Mai 1631 – Friedrich Spees Schrift gegen Folter und Hexen-Verfolgungen

München * Die Schrift „Cautio Criminalis“ des Jesuitenpaters Friedrich Spee erscheint, in der er sich - erstmals im katholischen Bereich - kritisch mit der Anwendung der Folter und den Hexen-Verfolgungen auseinander setzt. Die Schrift muss anonym erscheinen. Auch ein aussagekräftigerer Titel - wie etwa „Wider den Hexenwahn“ - wäre ein eindeutiger Verstoß gegen die allgemein herrschende Überzeugungen gewesen und geeignet, neben dem Verfasser auch noch den Drucker und den Verleger in Verdacht zu bringen, dass sie Hexen in Schutz zu nehmen und somit die Partei des Satans stärken würden. Der Jesuitenpater Friedrich Spee hatte während seiner Aufenthalte in den Zentren der Hexenverfolgung in Köln, Trier, Würzburg, Mainz, Speyer und Paderborn Hexenprozesse verfolgt und kam dabei zur Überzeugung, dass die Folter nicht zur Wahrheitsfindung geeignet sei. Das verstößt freilich gegen die damalige Rechtsauffassung, denn daraus lässt sich ableiten, dass die verdächtigten Frauen - trotz ihrer Geständnisse unter der Tortur - unschuldig sind. Innerhalb der Gesellschaft Jesu bleibt die Autorenschaft des Paters Friedrich Spee nicht verborgen. Zeitweise droht ihm sogar die Entlassung aus dem Jesuitenorden.

29. September 1805 – Kurfürst Max IV. Joseph antwortet seinem Sohn Ludwig

Würzburg - Bern * Kurfürst Max IV. Joseph antwortet auf ein Schreiben seines Sohnes Ludwig I., das dieser am 24. September in Bern verfasst hatte. Dem völlig ahnungslosen Prinzen Ludwig erklärt der Kurfürst einige Gründe seines Handelns: „Ich fühle genau wie ihr, daß es viel



glücklicher wäre, nicht gezwungen zu sein, sich in einen Streit zu mischen, der das Deutsche Reich nichts angeht. Ich empfinde auch Euren Abscheu, mein Freund, und finde ihn ganz natürlich. Aber es gibt Fälle im Leben eines Herrschers, in denen er gezwungen ist, das eigene Gefühl zu unterdrücken im Interesse seiner Staaten. Ich habe mich nicht mit Napoleon verbündet, sondern mit Frankreich, das zu allen Zeiten der geborene Verbündete unseres Hauses war. [...] Wenn Euch die Partei mißfällt, die ich gezwungenermaßen ergriffen habe, machet es nur mir zum Vorwurf, mein liebes Kind. Ich bin es allein, der es gewollt hat. Kein Minister, nicht einmal Montgelas, hat es mir geraten, ich schwöre es Euch bei meinem Gotte. [...].“

1837 – Erbärmliche Lebensumstände in den Herbersvierteln

Vorstadt Au - Haidhausen - Giesing * Der Auer Armenarzt Anselm Martin schreibt: „In den Herbergen sind nicht nur Menschen, sondern auch noch alle Gattungen Haustiere Katzen, Kaninchen, Vögel, Mäuse und dergleichen, so wie alle nur erdenklichen Handwerksgeräte, Hausutensilien, alte, bereits halb verfaulte, zusammengesammelte Leinwand, zerbrochenes Glas, neugewaschene zum Trocknen aufgehängte Wäsche und dergleichen in den kleinsten, mit zurückstoßender Luft angefüllten Gemächern anzutreffen. Die Öfen sind gewöhnlich von Ziegel, selten von Eisen. Die Feuerung geschieht mit Holz und zwar mit den schlechtesten und wohlfeilsten Holzgattungen, oft mit halbverfaulten, in der Isar aufgefangenen Gerten und Prügeln.“ Die Höhe der Wohnräume liegt bei 180 bis 192 Zentimetern; die Dachdeckungen aus Ziegel oder Blech lösen erst im 19. Jahrhundert die Schindel- oder Strohdeckung ab; ihre Galerien und Träger verzieren die Bewohner mit Schnitzereien. Gemeinsamer Besitz aller Hausbewohner sind das Grundstück, die Umfassungsmauern und das Dach. Diese komplizierten Eigentumsverhältnisse führen häufig zu ausgiebigen Streitereien. Wird das Dach undicht, so sind in erster Linie nur die Parteien des obersten Stockwerks vom Schaden betroffen, die Bewohner des Parterres dagegen haben nur sehr wenig Interesse an einer kostspieligen Reparatur. Deshalb soll es vorgekommen sein, dass die Oberen kübelweise Wasser auf den Fußboden schütteten, um die Unteren drastisch an die gemeinsamen Verpflichtungen zu erinnern. Nicht umsonst heißt es in den Akten des Landgerichts: „So viele Herbergsbesitzer sich in einem Hause befinden, ebenso viele Hauseigentümer gibt es im selben; keiner lässt sich vom andern etwas einsprechen, jeder tut in seiner Herberge, was er will.“ Auch die hygienischen Zustände sind katastrophal. Das Trinkwasser muss von weit entfernten Pumpbrunnen geholt werden. Da eigene Abtritte fehlen, benutzt man Häfen und Leibstühle. Wegen der fehlenden Kanalisation werden Abfälle und Abwässer jeglicher Herkunft in den Auer Mühlbach geschüttet. Eine städtische Verordnung bestimmt deshalb, dass dies nur während der



Nacht geschehen darf, da tagsüber die Frauen ihre Wäsche im Auer Mühlbach waschen. Das Fehlen der Abfalltonnen bedingt viele unreinliche Wohnungen. Dadurch sind die Herbergsviertel in Seuchenzeiten Brutstätten von Krankheiten. Es ist also kein Wunder, dass viele Bewohner an den Typhus- und Choleraepidemien sterben und die Einwohner oft hohen Blutzoll zu entrichten haben.

2. September 1917 – Die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP wird gegründet

Königsberg * Am Tag des Friedens bei Sedan wird die erzkonservative, nationalistische, völkische und antisemitische Deutsche Vaterlandspartei - DVLP von ultrarechten Kräften, darunter Großadmiral Alfred von Tirpitz und dem ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, gegründet. Innenpolitisch kündigt die Vaterlandspartei den Burgfrieden von rechts auf. Sie plädiert für einen unterdrückenden und autoritären Kurs gegenüber der Arbeiterbewegung und greift auch bürgerliche Politiker heftig an, die sich – wie beispielsweise den Zentrums Politiker Matthias Erzberger - für eine Reform des politischen Systems unter Einbeziehung der SPD aussprechen. Die Parteiführung verfolgt den Plan, mit Hilfe eines „starken Mannes“ einen autoritären Staatsumbau einzuleiten und dabei den Reichstag und die Linksparteien auszuschalten. Im äußersten Fall sollte auch der „zu weiche Kaiser“ Wilhelm II. bei einer sich bietenden Gelegenheit für „regierungsunfähig“ erklärt und der weit rechts stehende Kronprinz von Preußen zum Regenten ernannt werden. Außenpolitisch tritt die Vaterlandspartei für einen deutschen Siegfrieden und ein umfassendes Programm direkter und indirekter Expansion ein. Mit ihren Kampagnen gegen einen Verzichtfrieden - oder Judenfrieden genannten Verständigungsfrieden - und gegen Schlappeheit und Verrat an der Heimatfront legt die Deutsche Vaterlandspartei - DVLP den Grundstein für den Nachkriegsdiskurs über die Novemberverbrecher und die Dolchstoß-Legende.

31. Januar 1918 – Die Betriebsversammlung der Bayerischen Flugzeugwerke

München-Ludwigsvorstadt * Am Abend findet im Mathäserbräusaal eine Versammlung der Arbeiterinnen und Arbeiter der Bayerischen Flugzeugwerke AG statt, bei der der SPD-Abgeordnete Erhard Auer spricht und wilde Streiks als „zwecklos und sinnwidrig“ bezeichnet. Als die Versammelten Kurt Eisner zur Stellungnahme ermunterten, blieb dieser still. Die MSPD und die Gewerkschaften können durchsetzen, dass die Arbeit erst dann niedergelegt wird, wenn sich die Parteileitung in Berlin dafür ausgesprochen hat. Die Versammlung nimmt einen erregten Verlauf und muss wegen des „großen Lärms“ vorzeitig beendet werden.



23. September 1918 – MSPD für eine Koalitionsregierung mit den Bürgerlichen

Berlin • Die MSPD-Reichstagsfraktion und der Parteiausschuss der MSPD beschließen in einer gemeinsamen Sitzung mit einer deutlichen Mehrheit von 80 : 21 Stimmen, sich an einer Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien zu beteiligen, falls sich die Möglichkeit dazu bietet. Die Bedenken träger bleiben in der Minderheit. Dies auch deshalb, weil noch immer keine Klarheit über die militärische Lage herrscht. Der Regierungseintritt wird an die Erfüllung eines Forderungskatalogs geknüpft, der die Parlamentarisierung verlangt und auf die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 Bezug nimmt, in der sie für „einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker“ eintritt. Die Partei entsendet Philipp Scheidemann als Staatssekretär ohne Portefeuille, Gustav Bauer soll das Reichsarbeitsamt übernehmen. Otto Wels warnt Friedrich Ebert: „Bist du von Gott verlassen, lass doch zum Teufel den Frieden diejenigen schließen, die den Krieg geführt und Verantwortung getragen und den Waffenstillstand gefordert haben“. Im MSPD-Parteiausschuss gibt Erhard Auer zu bedenken: „Mit dem Eintritt in die Regierung werden wir gewissermaßen eine Mittelpartei, und die Unabhängigen, die heute nichts sind, werden dann scheinbar die einzige Oppositionspartei sein.“

27. September 1918 – Ludendorff plant die Handhabung der militärischen Niederlage

Berlin * Generalquartiermeister Ernst Ludendorff beginnt die Handhabung der Niederlage zu planen: Die Armee muss gerettet werden - ihre Existenz und Ehre. Ein Waffenstillstandsgesuch muss von der Regierung ausgehen, nicht von der Obersten Heeresleitung. Es muss politisch motiviert sein, nicht militärisch. Das Waffenstillstandsgesuch sollte von jenen politischen Kräften ausgehen, die schon immer für einen Verständigungsfrieden eingetreten sind - die Parteien der Reichstagsmehrheit (SPD, Fortschrittspartei und Zentrum). Diese Parteien müssten entweder in die Regierung aufgenommen werden oder selbst die Regierung bilden. Als Anreiz für diese unattraktive Aufgabe der Regierungsverantwortung müsste diesen Parteien der Übergang zur parlamentarischen Regierungsform angeboten werden. Das würde gleichzeitig die Chancen des Waffenstillstandsgesuchs verbessern.

3. Oktober 1918 – Friedrich Ebert will in die Regierung - Philipp Scheidemann nicht

Berlin * Philipp Scheidemann, der Außenpolitische Sprecher der SPD im Reichstag und zweiter Mann in der SPD-Reichstagsfraktion plädiert gegen den Eintritt in ein „bankrotttes Unternehmen“. Friedrich Ebert argumentiert in der Fraktionssitzung für die Beteiligung an der Regierung. Denn



die Partei darf sich nicht dem Vorwurf aussetzen, dass sie in einem Augenblick ihre Mitwirkung versagt hat, in dem man sie dringend von allen Seiten darum bat. „Wir müssen uns im Gegenteil in die Bresche werfen“. Friedrich Ebert wird sich mit dieser Argumentation durchsetzen. Damit kann eine parlamentarisch verantwortliche Regierung unter Reichskanzler Prinz Max von Baden gebildet werden. Gemeinsam mit den Sozialdemokraten, den Liberalen und dem Zentrum verfügt der Reichskanzler über eine solide parlamentarische Mehrheit.

16. November 1918 – Die Deutsche Volkspartei in Bayern wird gegründet

München * Die Deutsche Volkspartei - DVP in Bayern wird gegründet. Die Partei bekennt sich zur Republik und versteht sich ausdrücklich als bürgerlich. Der linksliberale Flügel ist in der Partei dominierend. Der Münchner Arzt Dr. Georg Hohmann wird zum Vorsitzenden gewählt. Die DVP in Bayern entspricht der Deutschen Demokratischen Partei - DDP im übrigen Reichsgebiet. 1920 wird die DVP in Bayern deren Namen übernehmen.

17. November 1918 – Die Deutsche Volkspartei in Bayern wird gegründet

München * Die Deutsche Volkspartei in Bayern wird von Vertretern der früheren Fortschrittlichen Volkspartei gegründet. Die Partei bekennt sich „freudig zum neuen freien Volksstaat; sie lehnt jeden Versuch, das Alte wiederherzustellen, ab, verlangt aber, dass der jetzige, auf Gewalt beruhende Zustand alsbald in einen geordneten Rechtszustand überführt werden“ muss.

12. Januar 1919 – Die Stimmung des Faschingsonntags, nur ohne Masken

München * Josef Hofmiller notiert über den Wahlsonntag in sein Tagebuch: „Heute Wahl zum Bayerischen Landtag. Gutes, etwas frisches Wetter, heiter und klar, geeignet zu Demonstrationen, von denen aber bis jetzt nicht viel zu bemerken. [...] Die Wahlbeteiligung war sehr stark, die Leute standen an wie um Butter, Zigaretten oder Pferdefleisch. Der Anblick der zahlreichen Frauen und Soldaten in und vor dem Wahllokal fiel auf. [...] Der Anblick der Maximilianstraße hatte etwa die Stimmung des Faschingsonntags (nicht Dienstags!), nur ganz ohne Masken, soweit nicht die ‚Soldaten‘ maskiert waren, die zahlreich herumlaufen und von denen ein großer Teil offenbar noch nie in einer Uniform gesteckt ist. Aber die vielen Plakate in allen möglichen Farben, sehr schreiend, erinnerten an diejenigen der karnevalistischen Unterhaltungen. Die Parteien rückten vielfach mit einer Art Musik an, Trommel, auch dünnem Blechorchester, Knaben trugen Plakate an Stangen, dann kamen Soldaten mit roten Fahnen,



dann Reiter auf roten Sätteln, hinterher eine Rotte ganz kleiner Jungen. Durchschnitt fünf bis sieben Jahre, genau wie an Fasnacht.“

1921 – Adolf Hitler ist häufig Gast in der Deutschen Eiche

München-Isarvorstadt * Zwischen 1921 und 1923 ist Adolf Hitler häufig Gast in der Deutschen Eiche. Die Parteizentrale der Nazis befindet sich in der Corneliusstraße.

2. Dezember 1990 – Ergebnis der Bundestagswahl 1990

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Die Bundestagswahl 1990 steht massiv unter dem Eindruck der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Bei der Wahl zum 12. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 43,8 Prozent [- 0,5] und 319 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine erringt 33,5 Prozent der Stimmen [- 3,5] und 239 Sitze. Die FDP bekommt 11,0 Prozent [+ 1,9] und 79 Sitze. Die Grünen kommen auf 3,8 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 4,5] und ziehen deshalb nicht in den Deutschen Bundestag ein. Die PDS erkämpft nur 2,4 Prozent der Stimmen und verfehlt damit bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde. Es ist aber vor der Wahl vereinbart worden, dass es genügt, nur in einem der beiden Wahlgebiete diese Klausel zu überspringen. Und das gelingt der PDS in den neuen Bundesländern unproblematisch. Die Partei erhält dadurch 17 Sitze. Das Gleiche gilt für die nur in der ehemaligen DDR antretendem Bündnis 90. Es erhält nur 1,2 Prozent vom Stimmenanteil, zieht aber mit acht Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

16. Oktober 1994 – Ergebnis der Bundestagswahl 1994

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Bei der Wahl zum 13. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 41,4 Prozent [- 2,4] und 294 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping erringt 36,4 Prozent der Stimmen [+ 2,9] und 253 Sitze. Die FDP bekommt 6,9 Prozent [- 4,1] und 47 Sitze. Bündnis 90/DIE GRÜNEN kommen auf 7,3 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 2,2]. Die PDS erkämpft nur 4,4 Prozent der Stimmen und verfehlt damit bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde. Aufgrund der Grundmandatsklausel zieht die Partei trotzdem mit 30 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Helmut Kohl wird erneut Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus



CDU/CSU und FDP.

2014 – König Ludwig II. im Stadtrats-Wahlkampf

München-Au - München-Isarvorstadt * Im Wahlkampf zur Stadtratswahl 2014 kommen dann alle Parteien in die „Deutschen Eiche“, ein Hotel mit einer der weltweit größten und erfolgreichsten Schwulensaunen, um zu zeigen, dass sie auch für die LGBT-Gemeinde wählbar sind. Der CSU-Spitzenkandidat und spätere 2. Bürgermeister, Josef „Seppi“ Schmid, bringt - gegen die Intention Dietmar Holzapfels - die Idee vorschnell in den Stadtrat ein. Und dann passiert, was passieren muss: Die Parteien im Rathaus rüsten sich zum Wahlkampf - und wie nicht anders zu erwarten, prallen jetzt die unterschiedlichen Sichtweisen und Positionen aufeinander. Wenn es nach der sich damals in der Opposition befindenden CSU geht, soll das an den „Märchenkönig“ erinnernde monumentale Denkmal sofort wieder entstehen - und zwar in historischer Größe und umgeben mit einem monumentalen Portikus. Außerdem soll geprüft werden, ob im Unterbau des Denkmals möglicherweise ein Café Platz finden könnte, damit die Bevölkerung den herrlichen Blick auf die Isar und die Maximilianskirche jederzeit genießen kann, was jetzt ja nur von steinernen Bänken aus oder beim sommerlichen „Kulturstrand“ der Urbanauten möglich ist. Für die Regierungsparteien SPD und Grüne soll alles so bleiben wie es ist, denn es sei „nicht zeitgemäß“, im 21. Jahrhundert ein Königsmonument originalgetreu wieder aufzubauen, es gebe wesentlich wichtigere Themen im Rathaus zu erledigen. Die Fronten zwischen den Parteien stehen - natürlich mit etlichen Abweichlern - fest. Das Stadtarchiv München wird mit einer Untersuchung der bereits bestehenden Ludwig-II.-Erinnerungsorte beauftragt. Dieses listet neun Stein- und Bronzebildnisse des einstigen Monarchen in München auf.

16. März 2014 – Ergebnis der Kommunalwahl 2014 in München

München * Bei der Wahl zum Oberbürgermeister treten erstmals zwölf Kandidaten gegeneinander an. Dieter Reiter [SPD] erhält 40,4 Prozent, Josef Schmid [CSU] kommt auf 36,7 Prozent. Sabine Nallinger von den GRÜNEN kommt auf 14,7 Prozent der Stimmen. Die Entscheidung unter den beiden Erstplatzierten fällt nun bei der Stichwahl am 30. März.

Bei der Wahl zum Stadtrat erhält die CSU 32,6 Prozent [+ 4,9] und 26 [+ 3] Sitze. Die SPD erringt 30,8 Prozent der Stimmen [- 8,9] und 25 [- 8] Sitze. Die GRÜNEN kommen auf 16,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 3,6] und 13 Sitze [+ 2]. Weiter sind bei Kommunalwahl in München 14 Parteien angetreten: Die FDP erhält 3,4 Prozent [- 3,4] und 3 Stadtratsmandate [- 2], die Freien Wähler bekommen 2,7 Prozent [+ 1,1] und 2



Stadtratsmandate [+ 2], die AfD kommt auf 2,5 Prozent [+ 2,5] und 2 Stadtratsmandate [+ 2], die ÖDP erreicht 2,5 Prozent [+ 0,8] und 2 Stadtratsmandate [+ 1], die Linke bekommt 2,4 Prozent [- 1,3] und 2 Stadtratsmandate [- 1], die Rosa Liste kommt auf 1,9 Prozent [+/- 0] und ein Stadtratsmandat, die Partei Hut erklimmt 1,3 Prozent [+ 1,3] und ein Stadtratsmandat [+ 1], die Piraten erhalten 1,2 Prozent [+ 1,2] und ein Stadtratsmandat [+ 1], die Bayernpartei - BP bekommt 0,9 Prozent [- 0,7] und ein Stadtratsmandat, die rechtsradikale Bürgerinitiative Ausländerstopp - BIA kommt auf immerhin 0,7 Prozent [- 0,7] und erhält ein Stadtratsmandat, die islamfeindliche Partei Die Freiheit kommt auf 0,6 Prozent [+ 0,6], bekommt aber keinen Platz im Münchner Stadtrat. Damit ist das seit 1990 bestehende Rot-Grüne Bündnis gescheitert. Auch bei der Wahl zum Bezirksausschuss verliert die SPD massiv. Nur noch in 9 von 25 Gremien ist die SPD stärkste Fraktion (Bisher: 21). Die CSU wird in 13 Stadtbezirken stärkste Kraft (Bisher: 4) Die GRÜNEN werden stärkste Fraktion in Au/Haidhausen, in der Ludwigsvorsadt-Isarvostadt und in der Maxvorstadt.

8. März 2026 – Ergebnis der Kommunalwahlen in München 2026

München * Bei der Wahl zum Oberbürgermeister treten erstmals zwölf Kandidaten gegeneinander an. Dieter Reiter [SPD] erhält 35,6 Prozent, Dominik Krause von den GRÜNEN kommt auf 29,5 Prozent, Clemens Baumgärtner [CSU] kommt auf 21,3 Prozent der Stimmen. Die Entscheidung unter den beiden Erstplatzierten fällt nun bei der Stichwahl am 22. März. Bei der Wahl zum Stadtrat kommen die GRÜNEN auf 26,5 Prozent der Stimmen [-2,6] und 21 Sitze. Die SPD erringt 19,1 Prozent der Stimmen [- 2,8] und 15 Sitze. Die CSU erhält 24,9 Prozent [+ 0,2] und 19 Sitze. Weiter sind bei Kommunalwahl in München 11 Parteien angetreten: Die Linke bekommt 6,6 Prozent [+ 3,3] und 5 Stadtratsmandate, die AfD kommt auf 5,9 Prozent [+ 2,1] und 5 Stadtratsmandate, Volt erklimmt 4,7 Prozent [+ 2,9] und 4 Stadtratsmandate, die FDP erhält 3,4 Prozent [- 0,1] und 3 Stadtratsmandate, die ÖDP erreicht 2,7 Prozent [- 1,3] und 2 Stadtratsmandate, die Freien Wähler bekommen 2,5 Prozent [+/- 0] und 2 Stadtratsmandate, die Rosa Liste kommt auf 1 Prozent [+/- 0] und ein Stadtratsmandat, Bündnis Kultur erreicht 0,9 Prozent [+ 0,9] und ein Stadtratsmandat, Die Partei erklimmt 0,7 Prozent [- 0,6] und ein Stadtratsmandat, die München Liste kommt auf 0,7 Prozent [- 0,1] und ein Stadtratsmandat, die Bayernpartei - BP bekommt 0,4 Prozent [- 0,3] und ein Stadtratsmandat, Bei der Wahl zum Bezirksausschuss werden die GRÜNEN in 15 von 25 Gremien stärkste Kraft, die CSU gewinnt in zehn Bezirksausschüssen die Mehrheit, die SPD hat in keinem Bezirksausschuss noch eine Mehrheit.